

Mitarbeiter an der Belastungsgrenze

Karstadt-Betriebsrätinnen und DIE LINKE informierten zur aktuellen Lage

Viernheim (sm) – Noch vor einigen Monaten dominierte die Insolvenz der traditionsreiche Warenhauskette Karstadt die bundesweiten Schlagzeilen. Auch in Viernheim machen sich Kunden und vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Karstadt-Geschäfts im Rhein-Neckar-Zentrum große Sorgen um die Zukunft. Mit dem Einstieg des Investors Nicolas Berggruen und der vermeintlichen Rettung des Konzerns verschwand das Thema weitgehend aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Gestern informierten Betriebsrätinnen von Karstadt Viernheim zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten Michael Schlecht (DIE LINKE) über die aktuelle Situation und warnen, das noch lange nicht alles in trockenen Tüchern ist.

Ein großer Knackpunkt ist die Höhe der Mieten für die Karstadt-Häuser. Die Betriebsratsvorsitzende Martina Würthwein-Hartmann erklärte, dass Berggruen in seinem Kaufvertrag die Absenkung der Mieten durch das Vermieterkonsortium Highstreet zu einer Bedingung gemacht hat. Highstreet würde nach Auskunft der Betriebsrätinnen für die von ihnen vermieteten Karstadt-Häuser, zu denen auch das Geschäft im RNZ gehört, bis zu 25% mehr Miete verlangen als die Vermieter der Karstadt-Geschäfte, die nicht Highstreet gehören.

„Seit Anfang Juni verhandelt der Gläubigerausschuss, eigentlich sollte im August ein Ergebnis erzielt werden, doch es wird wohl eine Verschiebung geben“, so Martina Würthwein-Hartmann, die zugab, ein schlechtes Gefühl zu haben was die Erfolgsaussichten der Verhandlungen betrifft.

Seitdem der italienische Investor Maurizio Borletti sich selbst als möglicher Alternativkäufer zu Berggruen ins Gespräch gebracht hat, haben sich nach Auffassung der Betriebsrätinnen die Aussichten für eine Einigung in der Mietfrage verschlechtert. Unter der Karstadt-Belegschaft ist die Meinung verbreitet, dass das Engagement Borlettis von High Street benutzt wird, um Berggruen unter Druck zu setzen, damit das Vermieterkonsortium bei der Miete keine oder möglichst wenige Zugeständnisse machen muss.

„Die Einigung mit Berggruen war eigentlich schon durch, und nun steht alles wieder in den Sternen. Das verunsichert die Kolle-



In der Gaststätte und Weinstube Küfer diskutierten die Linken mit den Betriebsrätinnen der Viernheimer Karstadt-Filiale über den aktuellen Stand des Kaufhauskonzerns. Foto: wind

ginnen und Kollegen sehr“, berichtete die Betriebsratsvorsitzende.

Vor diesem Hintergrund hat der Betriebsrat überhaupt kein Verständnis dafür, dass nun die Arbeitszeitvereinbarung in Frage gestellt wird. „Diese Vereinbarung war damals ein Kompromiss für die Ladenöffnungszeiten. Nun wird eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten gefordert, zudem soll die Arbeit bei Sonderöffnungszeiten nicht mehr auf freiwilliger Basis organisiert, sondern zur Pflicht werden“, so Martina Würthwein-Hartmann, die sich die Frage stellt, warum solche Themen überhaupt diskutiert werden, wenn die Zukunft des Konzerns und der Kauf durch den Investor noch in der Schwebe sind. „Das erhöht den Druck auf die Belegschaft, die ohnehin schon angesichts einer viel zu dünnen Personaldecke am Limit arbeitet. Darunter leiden letztlich auch die Kunden“, so die Betriebsratsvorsitzende weiter.

„Warenhaus kein Auslaufmodell“

Der Mannheimer Bundestagsabgeordnete Michael Schlecht versucht, die aktuelle Situation bei Karstadt im Kontext der allgemeinen politischen Entwicklung zu präsentieren. „Diese Entwicklungen wurde von den letzten Regierung zumindest billigend in Kauf genommen“, so der Abgeordnete.

Er widersprach der gängigen Auffassung, dass das klassische Warenhaus im Zeitalter des Internet keine Zukunft mehr habe: „Das Entscheidende ist, dass die

Kaufkraft im Land so geschwächt wurde, dass immer mehr Leute nur noch beim Discounter einkaufen. Wenn die Kaufkraft da wären, würden viele sicherlich für Qualität und Service in einem renommierten Kaufhaus wie Karstadt Geld ausgeben“, erklärte Schlecht.

Der Politiker sieht den Einzelhandel als erstes Opfer sinkender Reallöhne. „Der durchschnittliche Arbeitnehmer verdient real weniger als vor zehn Jahren. Es hat eine massive Umverteilung von unten nach oben gegeben – eine regelrechte Enteignung des Volkes. Das ist das Ergebnis von Minijobs, Befristung, Lohn dumping – also von der Agenda 2010“, führte der Abgeordnete weiter aus. Sein Fazit: „Wer sich über die Entwicklungen bei Karstadt sorgt, sollte sich dem Widerstand gegen die Politik der Agenda 2010 anschließen!“

Schlecht kritisierte auch die Reaktion der Bundesregierung auf die Karstadt-Krise: „Nachdem sich mit der Royal Bank of Scotland einer der drei Kreditgeber zurückgezogen hatte, hätte sich die Commerzbank, die ja immerhin mit 80 Milliarden Euro Staatsgelder gerettet worden war, diese Kredite übernehmen sollen. Der Umfang dieser Kredite lag bei 300 Millionen und wäre damit angesichts des hohen Volumens an staatlichem Engagement bei der Commerzbank vertretbar gewesen.“

„Zweite gewerbliche Ruine droht Viernheim“

So war Karstadt auf private Investoren angewiesen, und hin-

ter der sicher geglaubten Option mit Nicolas Berggruen steht nun wieder ein Fragezeichen. Harry Siegert, Vorsitzender der Partei DIE LINKE in Viernheim, erläuterte die Bedeutung des Karstadt-Hauses für die Stadt und zeigte sich sehr besorgt. „Was ist, wenn es mit Karstadt im RNZ nicht weitergeht? Es gibt keine Arbeitsplätze mehr im Einzelhandel und entsprechend keine Perspektive für die Kolleginnen, deren Arbeitsplätze bedroht sind. Es ist auch nicht ersichtlich, wer die Räumlichkeiten übernehmen sollte, denn auch der Konkurrenz geht es finanziell nicht gut. Wenn Karstadt als tragende Säule des RNZ wegbrechen würde, hätten wir aus gewerblicher Sicht nach den Innenstadt eine zweite „Ruine“ in der Stadt“, warnte Siegert.

Die Karstadt-Belegschaft wartet weiter und hofft auf einen guten Ausgang. „Langsam sind wir mit den Nerven am Ende. Wir haben viel geleistet und haben viel Verzicht geübt, zum Beispiel bei Sonderzahlungen wie Urlaubsgeld und Jahresabschlusszulagen“, erklärten die Betriebsrätinnen, die weiterhin zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen vor einer ungewissen Zukunft stehen.

Notdienste

Ärztliche Notdienstzentrale Viernheim, St.-Josef-Krankenhaus, Seegartenstraße 4, Telefon 7800. Dienstzeiten: Samstag bis Montag 7 Uhr.

Privatärztliche und zahnärzt-